

## Schweiz

## Covid-Gesetz erschwert Einführung von 2-G

**Aus für Testzertifikat** Deutschland und Österreich verschärfen die Corona-Regeln. Hierzulande sind die Hürden für eine Abschaffung des Zertifikats für Getestete wegen der aktuellen Rechtslage sehr hoch.

Jacqueline Büchi  
und Luca De Carli

Die Corona-Ampeln springen wieder auf Rot. In Österreich sind seit gestern deutlich schärfere Regeln für Ungeimpfte in Kraft. Ins Restaurant oder zum Coiffeur darf nur noch, wer geimpft oder genesen ist. Und auch in Deutschland führen erste Bundesländer sogenannte 2-G-Regeln ein. In der Schweiz nannte die wissenschaftliche Taskforce 2-G schon vor Wochen eine Option, falls sich die Lage verschärfe. Inzwischen steigen die Fallzahlen ebenfalls wieder stark an. In den Spitälern ist die Lage aber nicht so angespannt wie in Deutschland und Österreich.

Anders als andere Staaten kann die Schweiz eine 2-G-Regel zudem nicht von heute auf morgen einführen. Das sagt zumindest Eva Maria Belser, Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg. «Das Covid-Gesetz sieht vor, dass

der Bundesrat die Anforderungen an das Zertifikat für Geimpfte, Genesene und Getestete festlegt.» Weil der Gesetzgeber damit die Grundlage für ein 3-G-Zertifikat legt, bräuchte es für 2-G also eine Gesetzesänderung.

Dafür wiederum wäre ein Parlamentsentscheid nötig, der dem fakultativen Referendum untersteht. Belser, die eine Zeit lang in der Science-Taskforce sass, sagt: «Rechtlich liesse sich eine Reduktion von 3- auf 2-G zumindest für Grossanlässe wohl rechtfertigen, allerdings nur, wenn sonst eine Überlastung der Spitäler und damit einschneidende Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten drohen.»

#### Impfzwang verhindern

Gleichzeitig stellen sich ethisch und rechtlich schwierige Fragen. «Bisher stellte man sich auf den Standpunkt, dass das Testzertifikat wichtig sei, um einen indirekten Impfzwang zu verhin-

**«Für diesen Schritt müssten sehr dringende Gründe vorliegen.»**

Ruth Humbel  
Nationalrätin Mitte

dern.» Fiele diese Möglichkeit des Testens weg, wäre der Entscheid einschneidend. «Er lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn sich epidemiologisch klar nachweisen lässt, dass Geimpfte und Genesene sich und andere weniger anstecken als frisch Getestete.»

Die Taskforce schreibt in ihrer neuesten Lagebeurteilung, dass die Impfung die Weiterverbreitung des Virus durch mindestens zwei Mechanismen verhindert: erstens weil sie die Zahl der infizierten Personen reduziere und zweitens weil Geimpfte,

die sich trotz Impfung infizieren, das Virus seltener als Ungeimpfte übertragen.

Etwas weniger eindeutig ist die juristische Lage laut Felix Uhlmann, Staats- und Verwaltungsrechtler an der Universität Zürich. Auch er betont, dass das Parlament den Entscheid fällen müsste, sollte das Ziel primär darin bestehen, den Druck auf die Ungeimpften weiter zu erhöhen.

Zeige sich hingegen eindeutig, dass von Getesteten ein höheres Risiko ausgehe, dann könnte der Bundesrat die Massnahmen auch von sich aus verschärfen. Wobei er darlegen müsste, welches gesundheitspolizeiliche Ziel er damit verfolgt – etwa eine Reduktion des Anteils ungeimpfter Patienten auf der Intensivstation. Uhlmann weist zudem darauf hin, dass die Regierung auch immer die Möglichkeit hat, wieder die ausserordentliche Lage auszurufen.

Sollte sich das Parlament mit dem Thema 2-G befassen, dann

wäre die Wintersession im Dezember der nächstmögliche Termin dafür. Eine Gesetzesänderung wäre also frühestens auf Weihnachten zu erwarten.

#### Maskenpflicht verschärfen?

Zurzeit gebe es in der nationalen Gesundheitskommission allerdings noch keine Bestrebungen, einen Antrag für 2-G ins Parlament zu bringen, sagt Präsidentin Ruth Humbel (Mitte). «Ich persönlich bin der Meinung, dass sehr dringende wissenschaftliche Gründe vorliegen müssten, um diesen Schritt jetzt noch zu gehen.» Zwar sei es verückt, zu sehen, wie die Leute in Österreich plötzlich wieder Schlangen stehen, um sich doch noch impfen zu lassen (Stichwort «Schnitzel-Panik»). Dennoch halte sie lieber am Bild mündiger Bürgerinnen und Bürger fest.

Und welche Rolle spielt die Abstimmung über das Covid-Gesetz Ende November? «Natürlich hat man die Abstimmung im

Hinterkopf», so Humbel. Ihr gehe es aber auch darum, das angeknackste Vertrauen gewisser Bevölkerungsschichten in die Behörden wiederherzustellen. «Es braucht klare Perspektiven. Wenn wir an einem Tag das Antikörper-Zertifikat einführen und am nächsten die Schrauben wieder brutal anziehen, ist das nicht gerade eben vertrauensbildend.»

Der oberste Gesundheitsdirektor sagt ebenfalls, eine Verschärfung auf 2-G sei derzeit kein Thema. Erst wenn eine Überlastung im Gesundheitssystem droht, muss der Massnahmenkatalog laut Lukas Engelberger wieder überarbeitet werden. Und auch dann sei 2-G nicht die einzige Antwort. In den Vordergrund rücken würde für Engelberger eine Ausweitung der Maskenpflicht für alle.

Das könnte also dereinst bedeuten: Die Test-Zertifikate bleiben, aber dafür müssen im Konzertsaal wieder alle Masken tragen.

## «Ein guter Anfang» – Biobauer mit vergifteten Kühen wird rehabilitiert

**Dioxin-Drama** Fritz Maurer warnte vor Schadstoffen und wurde dafür verleumdet und ruiniert. Jetzt hat sich die Gemeinde entschuldigt.

Die vier Geschwister sind zurück in Suhr. Jener Aargauer Gemeinde, die sie mit einer glücklichen Kindheit verbinden. Aber auch mit einer Tragödie, die das Ansehen und die Lebensgrundlage der Familie Maurer zerstörte. Am Ende musste sie das Dorf geächtet verlassen. «Die Behörden liessen uns damals einfach fallen», sagt Tochter Elisabeth. «Das hat mich bis heute beelendet.»

Im August machte diese Zeitung den Skandal um kranke Kühe und Gift aus der Kehrichtverbrennung publik. Nun hat sich der Gemeinderat von Suhr am Wochenende dafür entschuldigt, was der Familie widerfahren ist. «Es hat mich sehr betroffen gemacht, wie man gegen Fritz Maurer vorgegangen ist und das Opfer zum Täter machte», sagt Gemeindepräsident Marco Genoni. «Wir wollen ihn und seine Familie rehabilitieren. Das ist uns wichtig, auch wenn die Geschehnisse lange zurückliegen.»

#### Wie schwarzer Schnee

Die Leidensgeschichte beginnt vor bald 50 Jahren. Fritz Maurer, damals bekannt für seinen Musterhof mit biologischem Anbau, hat plötzlich kranke Kühe zu beklagen. Er muss Dutzende von ihnen notschlachten, auch die Familie leidet zunehmend an Übelkeit und Kopfschmerzen. Für den Landwirt und seine Frau Hanni ist bald klar: Schuld am Elend auf dem Hof ist die neue Kehrichtverbrennungsanlage im benachbarten Buchs. Und die Abgase, die vom Hochkamin als schwarzer Schnee auf sein Land fallen.

Doch die Betreiber bestreiten die Vorwürfe, auch der Kanton sieht keinen Zusammenhang. Stattdessen beginnt eine beispiellose Kampagne. Es gibt eine Milchsperrung gegen den Hof – Maurer muss seine Haupteinnahmequelle literweise ins Gülleloch leeren. Die Aargauer Zentralstelle für den milchwirt-



Die Kinder von Fritz Maurer treffen sich mit Suhrs Gemeindepräsident Marco Genoni (sitzend) und Gemeinderat Thomas Baumann (3. von links). Foto: Anna-Tia Buss

schaftlichen Kontrolldienst wirft ihm öffentlich mangelnde Sauberkeit auf dem Betrieb vor. Plötzlich wird in der Gemeinde der Bioanbau schlechtgeredet. «Es gab die wildesten Gerüchte», sagt Sohn Ruedi Maurer. «Die Leute haben uns verleumdet, bis uns niemand mehr glaubte.» Die Familie, finanziell und gesundheitlich angeschlagen, verlässt den Hof 1978.

Was sich damals abgespielt habe, sei «traurig und beschämend». So steht es im Entschuldigungsschreiben, das der Gemeinderat Suhr den vier Kindern nun übergeben hat. Man habe

ihre Eltern völlig zu Unrecht verurteilt und in ihrer Integrität verletzt. «Fritz Maurer wurde als Überbringer einer schlechten Nachricht von der Dorfgemeinschaft verleumdet, anstatt dass man ihm angesichts des tragischen Verendens seiner Milchkühe und des drohenden wirtschaftlichen Ruins solidarisch zur Seite gestanden wäre.»

Denn eigentlich hatte Maurer mit seinen Warnungen recht. Akten aus dem Bundesarchiv belegen, dass der Bund erst dank seinen Hinweisen eine Arbeitsgruppe bildete. Diese erforschte hinter den Kulissen, welche

Schadstoffe aus der Kehrichtverbrennung entweichen. Und stiess dabei auf hochtoxische Dioxine. Allerdings hielt man die Belastung der Schadstoffe damals für unbedenklich. Familie Maurer erfuhr nichts von den Befunden.

#### Kanton untersucht Boden

Für Fritz und Hanni kommt nun auch die Entschuldigung der Gemeinde Suhr zu spät. Beide sind mittlerweile verstorben. «Dass jemand hinsteht und das Unrecht anerkennt, ist uns trotzdem wichtig», sagt Tochter Katharina Vogel. Wichtig sei aber auch, das Thema jetzt nicht einfach abzu-

haken. «Ich bin überzeugt, dass diese Schadstoffe auch an vielen anderen Orten ein Problem sind. Man muss das jetzt in der ganzen Schweiz angehen.»

Tatsächlich sind viele Kantone mittlerweile daran, Bodenanalysen durchzuführen. So wollen unter anderem die Aargauer Behörden im nächsten Jahr entsprechende Proben nehmen – auch im Umfeld der Anlage in Buchs, wie es auf Anfrage heisst.

Die vier Kinder von Fritz und Hanni Maurer leben heute nicht mehr dort, sondern verstreut über die ganze Schweiz. «Diese Krise hat uns alle schwer getro-

ffen, jeden auf eine andere Art», sagt Tochter Elisabeth.

Die Gemeinde schrieb im Brief: «Wir wünschen Ihnen von Herzen, dass Sie mit Ihrer ehemaligen Heimat Frieden finden können.» Diese Zeilen und das Treffen am Wochenende haben die Geschwister zutiefst bewegt. «Zum ersten Mal seit fast 50 Jahren ist mit dem Suhrer Gemeinderat eine Behörde auf uns zugekommen, hat uns zugehört und ernst genommen», sagt Elisabeth Maurer. «Das war ein guter Anfang zur Rehabilitation.»

Roland Gamp